

Den nächsten, der sie als Nazi bezeichnet, will Julia Dimitroff verklagen. Es komme in letzter Zeit häufiger vor, sagt sie, dass sie oder ihre Nachbarn als fremdenfeindlich bezeichnet würden. Als Menschen, die etwas gegen Flüchtlinge hätten. Dabei gehe es doch gar nicht darum, sagt sie. Sondern um den Schutz ihres Innenhofs unweit des Schlossparks in Pankow. Um die Grünfläche, die Ruhe und die 170 Bäume. „Aber was hier gerade passiert“, sagt Dimitroff, „ist ein Krimi.“

Julia Dimitroff, eine Ost-Berliner Geigenbauerin mit angegrauten, roten Locken und kantigem Berliner Dialekt, die ihr Alter nicht verraten will, steht Ende April in ihrem Innenhof zwischen Ossietzkystraße und Kavaliertstraße und trinkt Kaffee aus einem Einmachglas. Es ist ein sonniger Tag und tatsächlich sehr grün und ruhig hier. Vögel zwitschern in den Kastanien, etwas entfernt sammelt eine Frau Blätter vom Gehweg, dahinter die lose beieinander stehenden Häuser der Wohnsiedlung. Das Gefühl einer Zeit, die in den 1980ern stehen geblieben ist, weht über die Anlage wie die Pollen der Birken. Doch den Anwohnern steht eine neue, unruhige Zeit bevor.

Dort, wo Dimitroff zwischen den Bäumen mit ihrem Kaffee steht, soll eine Unterkunft für 422 Geflüchtete gebaut werden. Nach allem, was man bisher weiß, werden wohl 422 Männer einziehen.

Nach Deutschland kommen derzeit so viele Geflüchtete wie nie zuvor. Ende 2022 erfassten die Ausländerbehörden rund drei Millionen Schutzsuchende – 1,14 Millionen mehr als im Vorjahr. Das liegt vor allem am Krieg in der Ukraine. Aber auch die Zahl von Asylbewerbern aus Syrien, Afghanistan und der Türkei ist gestiegen. Weltweit sind laut einem Report des UNHCR rund 103 Millionen Menschen auf der Flucht. Nie waren es mehr.

Aus ganz Deutschland hört man seit Wochen Alarmsrufe. Man stoße mit der Aufnahme von Geflüchteten an Grenzen, klagen die Kommunen. Es gebe keine Schlafplätze mehr, es mangle an Unterkünften, an Personal in den Ämtern, in Integrationskursen, in Schulen und Kitas. Mitte der Woche wurde auf einem Flüchtlingsgipfel darüber beraten. Es war schon der zweite in diesem Jahr – und wird nicht der letzte bleiben.

Es brauche dringend Unterkünfte

Auch Berlin ist überlastet. Im Schnitt kommen jede Woche 436 Asylsuchende und zusätzlich 2000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in die Stadt, heißt es von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Es gibt 32.000 Unterkunftsplätze, 98,5 Prozent sind belegt. Im August werde das Anknüpfungszentrum in Tegel restlos voll sein, warnt das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Es brauche jetzt dringend weitere Unterkünfte für 10.000 Menschen, allein in diesem Jahr.

Eine davon soll hier im Innenhof von Julia Dimitroff und ihren Nachbarn entstehen, inmitten der grünen Siedlung.

Die Anwohner befinden sich damit inmitten der multiplen Krisen unserer Zeit. Klimawandel, Krieg und Flucht. Und sie merken, dass die Antworten auf diese Probleme sich gegenseitig blockieren. Jahrelang haben sie für Umweltschutz gekämpft, dafür, dass ihre Grünfläche bleibt, und müssen nun zusehen, wie ihr Engagement vom Tisch geräumt wird, damit Platz für Geflüchtete geschaffen werden kann. Platz, wie ihn etwa ein Mann wie Abdul Aziz Ibrahim dringend benötigt. Ein 35-jähriger Afghane, der seit über zehn Monaten in einem undichten, 13 Quadratmeter großen Container auf dem Boden schläft.

Für Dimitroff und ihre Nachbarn beginnt die Geschichte im Jahr 2018. Das Land diskutiert über die rechtsextremen Aufmärsche in Chemnitz, doch die Zahlen der Geflüchteten sind niedrig im Vergleich zu heute. Russlands Angriffskrieg liegt noch in weiter Ferne. Für den Innenhof in Pankow beschließt die Eigentümerin, die landeseigene

Wohnungsbaugesellschaft Gesobau, zwei neue Wohnblöcke mit 106 Wohnungen zu bauen. Mitten hinein. Von Unterkünften für Geflüchtete ist noch keine Rede.

Schnell formiert sich unter den Anwohnern Widerstand. Viele Bäume sollen der Nachverdichtung zum Opfer fallen. Auch ein Spielplatz, der von mehreren Kitas genutzt wird. Dabei handele es sich bei der Anlage, die in den 1950ern vom Nationalen Aufbauwerk aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs geschaffen wurde, um eine „geplante Wohngrünfläche“, betont Julia Dimitroff. Die Wohnungen in den locker gruppierten Gebäuderiegeln seien mit 40 bis 60 Quadratmetern bewusst klein gehalten, weil es diese begrünte Freifläche als

Ausgleich gebe. „Das ist im Grunde unser Garten“, sagt sie.

Anfang 2019 gründen die Anwohner eine Bürgerinitiative, nennen sich „Grüner Kiez Pankow“. Sie veranstalten Konzerte im Hof, nageln gelbe Kreuze an die Bäume wie im Hambacher Forst, gewinnen prominente Unterstützer. Die Schauspielerin Jasmin Tabatabai liest im Hof Gedichte, Gregor Gysi wird Baumpate einer alten Eiche.

Und auch bei der Bezirkspolitik finden die Anwohner Unterstützung – bei allen Parteien, außer der AfD, die gegen das grüne Bündnis wettet. Das Bezirksamt lehnt schließlich das Vorhaben der Gesobau ab und schiebt einen „Klimabebauungsplan“ an, wonach nur noch kleinere Bauvorhaben

Die Welt ist manchmal ein Innenhof in Pankow

Nach Deutschland kommen so viele Geflüchtete wie nie zuvor. Im größten Berliner Bezirk könnten viele neue Wohnungen entstehen, doch hier kämpft man auch für den Umweltschutz

NIKLAS LIEBETRAU (TEXT) UND MARLENE GAWRISCH (FOTOS)



Gelbe Kreuze hängen an den Bäumen wie im Hambacher Forst.



Plakate warnen vor der Klimakrise.



Julia Dimitroff (l.) und eine Nachbarin von „Grüner Kiez Pankow“

eines Jahres von 23.000 auf 32.000. Doch obwohl Ukrainer sich zudem frei bewegen, privat unterkommen können und sofort eine Arbeitserlaubnis bekommen – anders als alle anderen Geflüchteten –, stößt die Stadt an ihre Grenzen. Zu viele Kapazitäten werden in den Ämtern gebunden, in denen ohnehin Fachkräfte fehlen.

Hinzu kommt der angespannte Wohnungsmarkt. Genau wie Berliner finden Geflüchtete keine Wohnungen. Stattdessen landen sie in Hostels, in Obdachlosenunterkünften oder riesigen Zeltanlagen auf den Flughafengeländen in Tegel und Tempelhof.

Zusätzlich kommen mehr Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland. Im November ruft die damalige Sozialsenatorin Katja Kipping den „Notfallplan Stufe 2“ aus. Verfahren für den Bau von weiteren Unterkünften werden vereinfacht, die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen. Und bei der Gesobau in Pankow, dem Bezirk, in dem ohnehin schon die meisten Unterkünfte der Stadt stehen, werden die alten, eigentlich abgelehnten Pläne für den Innenhof wieder hervorgeholt.

Es gibt genau für diesen Fall eine bis Ende 2024 befristete Regelung im Baugesetzbuch, den Paragraphen 246. Danach kann von Bebauungsplänen des Bezirks abgewichen werden, wenn dringend benötigte Unterkünfte für Geflüchtete gebaut werden sollen. Die nächsthöhere Verwaltungsebene entscheidet darüber. In Berlin: der Senat. Und der genehmigt die Errichtung einer Modularen Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) auf Grundlage der alten Gesobau-Pläne.

Entstehen soll nun ein einfaches Bauwerk aus Betonbauklötzen mit 99 Wohnungen und einer Lebensdauer von 80 Jahren. Von der Gesobau heißt es dazu: „Da es für das

Grundstück eine fertig geprüfte Planung gibt, die in Abstimmung mit dem LAF kurzfristig auf die neue Nutzung angepasst werden konnte, kann relativ zeitnah mit der Bebauung begonnen werden.“

Für Julia Dimitroff und ihre Mitstreiter ist das ein Schock. Vier Jahre Engagement sind für die Katz. Sie kritisieren, die Gesobau habe die alten Pläne einfach „umetikettiert“ und wolle sie im Schatten der Flüchtlingskrise „durchboxen“, obwohl Anwohner und Bezirk gegen die Bebauung waren. Deswegen kämpfen sie weiter gegen das Vorhaben, protestieren vor dem Roten Rathaus und dem Abgeordnetenhaus. Doch sie merken: Der Kampf ist schwieriger geworden. Es geht nicht mehr allein um Grünfläche gegen Versiegelung. Es geht jetzt um Grünfläche gegen Geflüchtete.

In letzter Zeit, so berichtet Julia Dimitroff, lasse sich die AfD häufiger im Innenhof blicken. „Auf einmal versuchen sie, sich mit dem Volk gemein zu machen“, sagt sie. Dabei sei die AfD bisher immer gegen ihre Initiative gewesen. „Ich rede mir den Mund fusselig, dass wir mit denen nichts zu tun haben wollen.“

Doch die Lage hat sich nun mal verändert. Mehr noch, seit der neue Bausenator Christian Gaebler (SPD) auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus antwortete, die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen im Kiez sei „defizitär“, eine Belegung von Familien mit Kindern an diesem Standort „schwierig“. Mit anderen Worten: Für die modulare Unterkunft im Innenhof kommen nur alleinreisende Geflüchtete in Frage. Und allein reisen vor allem Männer.

Ein Wort, zwei Bedeutungen

Im Kiez tauchen plötzlich Aushänge auf, die Sorgen schüren, unterschrieben von der Initiative Grüner Kiez. „Wir sehen uns außerstande, 420 alleinreisende Männer in unserem Kiez auf so kleinem Raum angemessen in den Alltag von hauptsächlich jungen Familien mit Kindern zu integrieren“, steht darauf. Die Initiative betont, es handele sich um eine Fälschung. Man will sich unbedingt vor dem Vorwurf verwahren, fremdenfeindliche Ressentiments zu pflegen. Doch klar ist auch: Sozialverträglich wäre eine solche Nachverdichtung wohl nicht.

Nachverdichtung. Ein Wort, das in dieser Geschichte zwei ganz unterschiedliche Bedeutungen hat. Für Julia Dimitroff bedeutet es, dass es mit der Ruhe in ihrem Innenhof, ihrem „Garten“, bald vorbei sein wird. Dass der Blick aus ihrem Fenster nicht mehr ins Grüne geht, sondern zur Hauswand ihrer neuen Nachbarn, nur wenige Meter entfernt.

Für Abdul Aziz Ibrahim bedeutet das Wort Nachverdichtung, dass es in seiner Erstaufnahmeeinrichtung, fünf Kilometer Luftlinie entfernt, noch enger wird.

An einem Tag Anfang Mai steht Ibrahim in der Peripherie von Blankenfelde, unweit der Grenze zu Brandenburg. Er grüßt in gebrochenem Englisch und mit einem Lächeln, das sich nur kurz in seinem Gesicht hält. In seinem Rücken liegt eine verlassene Bushaltestelle, vor ihm ein weites Feld und auf diesem Feld der Eingang zur Erstaufnahmeeinrichtung – einer kleinen eingezäunten Siedlung aus weißen Wohncontainern, einem sogenannten Tempohome. Seinem temporären Zuhause. Seit über zehn Monaten.

Ibrahim führt ins Innere der Einrichtung. Ein kleiner Junge auf einem Mountainbike dreht einsam seine Runden, eine Frau in Flipflops hängt Wäsche über die Balken vor ihrem Container. Kindergeschrei ist zu hören. Ibrahim biegt nach rechts, dann wieder nach links, man verliert sich schnell zwischen den immer gleichen Containern. Irgendwann steht er vor der Tür mit der Nummer 114.5.

Ibrahim zeigt sein Zimmer. Eine Matratze liegt auf einem großen Perserteppich, ein Metallschrank dahinter, daneben ein Bett, auf dem sich Wäsche türmt. Auf die Wände sind arabische Schriftzeichen gekritzelt und ihre deutschen Übersetzungen: Da, oben, hier, überall, oben, jetzt. Sein Mitbewohner, ebenfalls ein Afghane, steht vor einem kleinen



Hinter der Unterkunft ist nur noch eine verlassene Bushaltestelle.

Tisch in der Ecke und schaut auf sein Handy. Zusammen wohnen sie auf 13,44 Quadratmetern.

Ibrahimi deutet auf die Matratze am Boden. Seit Monaten schlafe er auf dem Teppich, weil er in dem Bett Rückenschmerzen bekomme. Den Teppich habe er auf dem Flohmarkt gekauft. Ein kleiner Funke Heimat in trostloser Fremde. Er deutet zur Decke, wo sich auf dem Metall große, braune Rostflecken gebildet haben. „Seit sechs Monaten regnet es rein“, sagt er. Er habe es gemeldet. Geändert habe sich nichts.

Er geht wieder nach draußen, setzt sich auf einen Stuhl nahe dem Zaun. Dann erzählt er seine Geschichte.

In Afghanistan war er ein berühmter Mann, sagt er. Er arbeitete als Journalist für Reuters, die New York Times, die Washington Post, Al Jazeera, berichtete kritisch über die Taliban. Zudem war er Sprecher der Unabhängigen Wahlkommission, die die Präsidentschaftswahl von 2019 organisierte.

Wut, verletzter Stolz und Trauma

Ibrahimi zeigt Videos von sich in afghanischen Talkshows. Zu sehen ist ein gepflegt rasierter Mann in engen Anzügen, das dunkle Haar akkurat zu Seite gelegt. Man erkennt diesen Mann aus den Videos noch in seinem Gesicht. Doch sein Haar ist länger geworden, sein Bart ist grau. Und in seinem Blick liegen Wut, verletzter Stolz und Trauma.

2020 brachen die Taliban in seinem Haus in der Nähe von Kabul ein, wo er mit seiner Mutter, seiner Frau und seinen vier Kindern lebte. Schon lange hatten sie ihn verfolgt. Er konnte fliehen. Erst nach Pakistan, später in die Türkei, schließlich nach Deutschland.

Seit Anfang Juli 2022 lebt er hier in der Erstaufnahmeeinrichtung. Erst kürzlich wurde ihm mitgeteilt, er müsse bis zum 15. November bleiben. Das wären dann 16 Monate. Ohne Privatsphäre, ohne eigenes Essen. Denn in Erstaufnahmeeinrichtungen gilt Vollverpflegung, kochen dürfen die Bewohner nicht.

Ibrahimi holt eine kleine Aluminiumschale hervor, seine Ration für den Tag: Graupengemüse mit Quark. „Das ist noch ganz okay“, sagt er. Doch oft sei das Essen ungenießbar. Mehrmals habe er es nicht vertragen, Bauchkrämpfe gehabt und sich erbrechen müssen. Krankenhausbesuche belegen das. Auch NGOs wie der Flüchtlingsrat beklagen immer wieder, das Essen in den Unterkünften habe mindere Qualität, auf Unverträglichkeiten werde selten eingegangen.

Vom LAF heißt es dazu, bei der Vergabe von Aufträgen sei eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erforderlich. Meist bekomme das günstigste Angebot den Zuschlag.

Dabei gelte die gesetzliche Vorgabe, schreibt das LAF weiter, dass die „eingesetzten Lebensmittel zu mindestens 15 Prozent aus biologischer Landwirtschaft stammen“.

Redet man mit Sascha Langenbach, dem Sprecher des LAF, über dieses Thema, dann sagt er: „Es ist fast amüsant, dass wir noch solche Standards haben können, bei der Situation, in der wir uns befinden.“

Ein Telefonat mit Langenbach kann Hoffnungslosigkeit auslösen. Es gebe derzeit rund 4.500 Menschen in Berlin, die sich in einer ähnlich Lage befänden wie Ibrahimi, sagt er. Menschen, die monatelang auf Platz in einer Gemeinschaftsunterkunft warteten. Dort hätten sie wenigstens die Möglichkeit, „die Tür hinter sich zuzumachen“ und sich etwas zu kochen. „Ich weiß, dass die Zubereitung von eigenem Essen in manchen Kulturkreisen einen sehr hohen Wert hat. Dem können wir aktuell oft nicht nachkommen“, sagt er.

Mit Blick auf die Zukunft zeichnet Langenbach ein düsteres Bild. „Wenn Tegel im August voll ist, weiß ich nicht, wie ich bis September 10.000 Menschen in der Stadt unterbringen soll.“ Mit der zweiten Jahreshälfte werde die Lage zur echten Kraftprobe. Und jeden Tag, mit jeder weiteren Krise auf dem Planeten, machten sich mehr Menschen auf den Weg.

Neue Unterkünfte werden in der Stadt entstehen. Allein 20 weitere MUFs sind geplant. Aber der Bau sei eben auch oft mit dem Widerstand in der Bevölkerung verbunden, sagt Langenbach. „Alle wissen, wir brauchen diese Plätze, aber alle sagen auch: Nicht vor meiner Haustür.“

Gegen die Pläne für die Unterkunft im Innenhof in Pankow wird es Klagen geben, da ist sich Julia Dimitroff sicher. Nicht von ihr, sie sei Mieterin und könne nicht klagen. Aber an den Innenhof grenzen auch Wohnhäuser, die im Privateigentum seien, sagt sie, da werde man sicher vor Gericht ziehen. Gut möglich, dass es noch dauern wird, bis dort der Bau beginnt.

Für Abdul Aziz Ibrahimi hat sich in der Zwischenzeit das Blatt gewendet. Einen Tag nachdem die Berliner Zeitung beim LAF nach den Gründen für seine Situation gefragt hat, meldet er sich und teilt mit, dass er in eine Gemeinschaftsunterkunft in Nikolassee verlegt worden sei. Sein Herz sei erfüllt, schreibt er, es gebe dort eine Küche, die Zeit der „Vollverpflegung“ sei vorbei.

Ibrahimi hat Glück nach Monaten der Ungewissheit. Tausende Menschen in Berlin warten weiter. Darauf, aus einem Container ausziehen, sich eigenes Essen kochen zu können. Jeden Tag werden es mehr.



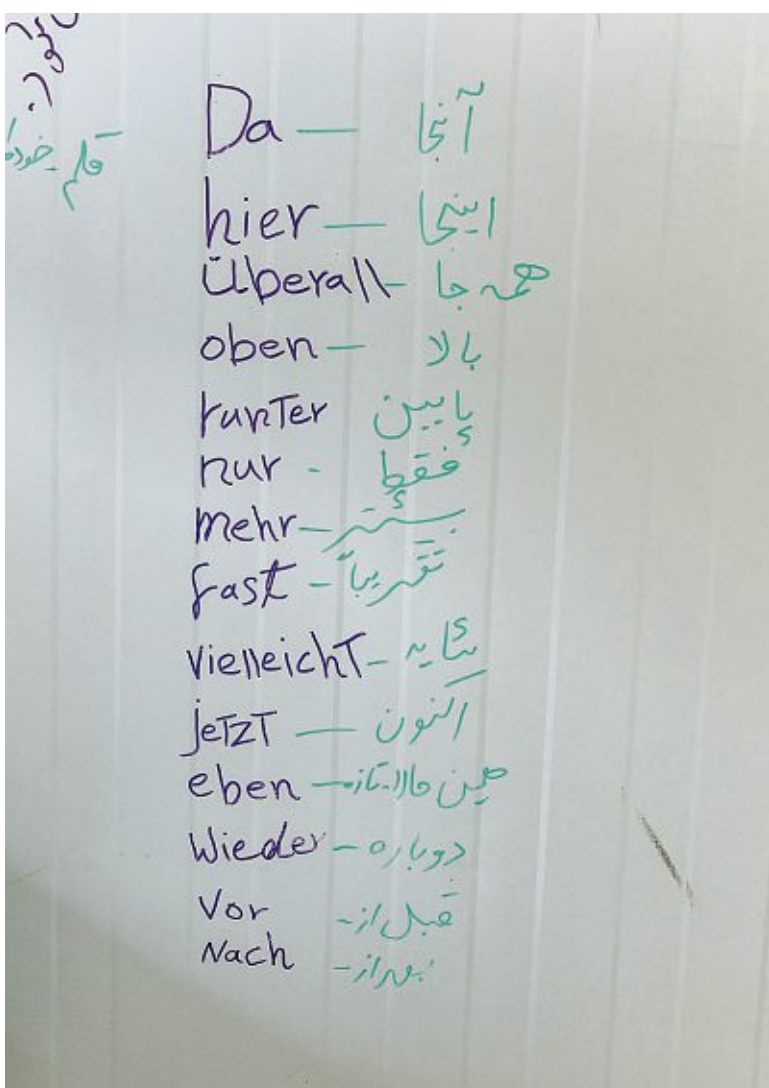
Man kann sich leicht verlieren zwischen den immer gleichen Containern.



Die Geflüchteten wohnen auf 13 Quadratmetern – oft zu mehreren.



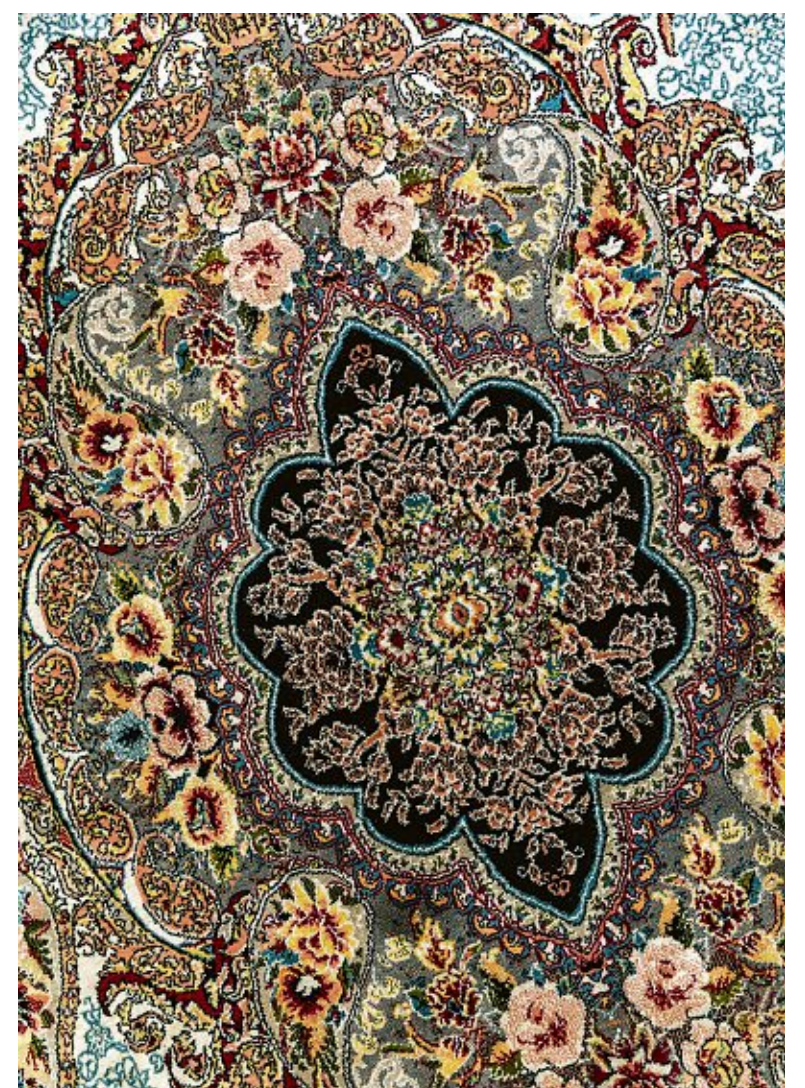
Seit sechs Monaten regnet es rein.



Abdul Aziz Ibrahimi lernt an der Containerwand deutsche Vokabeln.



Seit zehn Monaten wartet Abdul Aziz Ibrahimi auf ein eigenes Zimmer.



Der Teppich ist ein kleiner Funke Heimat in trostloser Fremde.